



Uster, 17. September 2019
Nr. 537/2019
V4.04.71

Seite 1

**ANFRAGE 537/2019 VON PATRICIO FREI (GRÜNE):
«INVESTIERT DIE STADT USTER IN FOSSILE ENERGIE?»;
ANTWORT DES STADTRATES**

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Am 11. März 2019 reichte Ratsmitglied Patricio Frei (Grüne) beim Präsidenten des Gemeinderats eine Anfrage betreffend «Investiert die Stadt Uster in fossile Energie» ein.

Die Anfrage hat folgenden Wortlaut:

Investitionen in fossile Energie sind nicht nur ökologisch fragwürdig, sondern auch wirtschaftlich riskant. Denn seit der Uno-Klimakonferenz 2015 in Paris wissen wir: Die Treibhausgasemissionen müssen bis 2050 praktisch auf Null zurückgefahren werden. Die Schweiz darf, gemäss einer WWF-Studie, bereits ab 2038 kein Erdöl, Erdgas und keine Kohle mehr verbrennen. Werden diese einschneidenden Massnahmen realisiert, werden grosse Investitionen der im fossilen Bereich tätigen Firmen wertlos. Weltweit wollen deshalb vorausschauende institutionelle Anleger nicht mehr weiter in fossile Energien investieren. Wie der britische Think Tank «Carbon Tracker» in einem Bericht (www.carbontracker.org) feststellt, könnte in diesem Bereich eine finanzielle Blase («Carbon Bubble») entstehen: Dies, da Firmen aus dem Erdöl-, Erdgas- und Kohlesektor nach ihren aktuellen (noch ungenutzten) fossilen Rohstoffreserven bewertet werden. Sollte die Nutzung dieser Reserven eingeschränkt werden (zum Beispiel um das 2-Grad-Klimaziel zu erreichen), würden die erwähnten Firmen schnell stark an Wert verlieren. Dies stellt ein finanzielles Risiko für Pensionskassen dar. Das Bundesamt für Umwelt (BAFU) stellt in einer Studie (2015, Kohlestoffrisiken für den Finanzplatz Schweiz) fest, dass je nach Szenario zwischen 3 und 21 % der Vorsorgeleistung der Pensionierten gefährdet wäre. Für die BVK, die auch die Pensionskasse der Mitarbeitenden der Stadt Uster ist, postulierte eine Untersuchung die potenzielle klimabedingte Reduktion des Deckungsgrades im 15-Jahre-Horizont von heute 100% auf bis zu 87,5%. Zwar ist die BVK eine privatrechtliche Stiftung, somit gemäss dem Bundesgesetz über die berufliche Vorsorge rechtlich selbstständig. Als Arbeitgeber des Personals der Stadt Uster steht der Stadtrat trotzdem in der Verpflichtung, gegenüber der BVK die Interessen der Mitarbeitenden geltend zu machen, indem er das Recht auf Information ausübt und umfassende Informationen einholt. Diese müssen für die Stadt Uster und ihr Personal als Entscheidungsgrundlage für ein weiteres Vorgehen, unter Einschluss eines möglichen Kassenwechsels, verwendbar sein. Weiterhin ist er legitimiert, sein Gewicht als verantwortlicher Arbeitgeber bei der BVK einzusetzen, damit diese Schritte für mehr Nachhaltigkeit und für eine risikomindernde Klimastrategie unternimmt. Die BVK kann mit ihren Anlagen die nachhaltige Politik der Stadt Uster unterstützen. Entscheidet sie sich zu einer transparenten Klimastrategie, die das Ziel anvisiert, die CO2-Exposition durch Reduktion der besonders klimaexponierten Sektoren, beginnend



bei den Produzenten von Erdöl und Erdgas Investiert die Stadt Uster in fossile Energie? www.uster.ch Gemeinderat 537/2019 | Seite 2/3 sowie Rohstoffkonzernen mit Kohleanteil zu vermindern, senkt sie das finanzielle Risiko der Vorsorgeleistungen ihrer versicherten Kunden und stellt sicher, dass die Renten nicht durch Klimarisiken gefährdet werden. Die Desinvestition von Anlagen im Bereich der Atomenergie wäre übereinstimmend mit der Geschäftsstrategie der Energie Uster, die heute schon ohne Atomenergie auskommt. Zudem macht eine solche Überprüfung auch Sinn für Tochtergesellschaften der Stadt Uster (Energie Uster etc.) sowie für Betriebe, an denen die Stadt Uster substantielle Beteiligungen besitzt (Zweckverband Spital Uster etc.). Die BVK (die Pensionskasse der Stadt Uster respektive der Mitarbeitenden der Stadt Uster und der Sekundarschulgemeinde Uster) kann mit ihren Anlagen die nachhaltige Politik der Stadt Uster unterstützen. Entschieden sie sich, nicht mehr im Bereich von Erdöl, Kohle, Erdgas resp. Atom zu investieren, senkt sie das finanzielle Risiko der Vorsorgeleistungen ihrer versicherten Kunden und stellt sicher, dass die Renten nicht durch Kohle- bzw. Ölrisiken gefährdet werden. Die Desinvestition von Anlagen im Bereich der Atomenergie wäre übereinstimmend mit der Geschäftsstrategie der Energie Uster, die heute schon ohne Atomenergie auskommt. Zudem macht eine solche Überprüfung auch Sinn für Tochtergesellschaften der Stadt Uster (Energie Uster etc.) sowie für Betriebe, an denen die Stadt Uster substantielle Beteiligungen besitzt (Zweckverband Spital Uster etc.).

Ich stelle dem Stadtrat und der Sekundarschulpflege folgende Fragen:

- 1. Welchen Umfang haben die Investitionen der BVK in den Bereichen der Produzenten von Erdöl und Erdgas sowie Rohstoffkonzernen mit Kohleanteil (gebeten wird um eine aktuelle Auflistung nach Firmen, der Art und dem Wert des Portfolios)?*
- 2. Welchen Umfang haben die Investitionen der BVK im Bereich der erneuerbaren Energien (gebeten wird um eine aktuelle Auflistung nach Firmen, der Art und dem Wert des Portfolios)?*
- 3. Welche Ergebnisse in Bezug auf die CO₂-Überexposition und die Untergewichtung der Sektoren, die mit dem Klima-Pfad des Pariser Klimaabkommens kompatibel sind, lieferte der BAFUKlimaverträglichkeitstest für die BVK? Welche Empfehlungen machte der Test der BVK? Unter Berufung auf die Informationsansprüche des Personals der Stadt Uster bitte ich darum, den Originalbericht im Anhang der Antwort offen zu legen.*
- 4. Ist die BVK im Bereich Atom finanziell engagiert?*
- 5. Dieselben Fragen stellen sich bezüglich der Pensionskassen der Tochtergesellschaften der Stadt Uster sowie der Betriebe, an denen die Stadt Uster substantielle Beteiligungen besitzt: Wie hoch sind deren Investitionen in den Bereichen Erdöl, Kohle, und Erdgas? Im Bereich Atom? Und wie hoch im Bereich der erneuerbaren Energien?*
- 6. Erachtet der Stadtrat Investitionen zur beruflichen Vorsorge des städtischen Personals in Erdöl-, Kohle- oder Erdgasunternehmen als kompatibel mit dem in der Gemeindeordnung verankerte Nachhaltigkeitsartikel?*
- 7. Welche Strategie verfolgt die Stadt Uster in Bezug auf Investitionen in den Bereichen Erdöl, Kohle, Erdgas und Atomenergie?*
- 8. Ist der Stadtrat bereit, in seiner Funktion als verantwortlicher Arbeitgeber Einfluss auf die BVK zu nehmen, um sicher zu stellen, dass diese eine transparente und verpflichtende Klimastrategie erarbeitet, die das Ziel der Dekarbonisierung des Portfolios festlegt, angefangen mit dem Ausstieg aus dem Bereich fossile Energien? Ist er bereit, sie auf den Verzicht in Anlagen der www.uster.ch Gemeinderat 537/2019 | Seite 3/3 Atomenergie zu verpflichten? Und ist er bereit, bei der BVK darauf hinzuwirken, dass diese zunehmend ökologisch und sozial nachhaltig angelegt werden?*



9. *Ist der Stadtrat allenfalls bereit, die Pensionskasse zu wechseln, um eine nachhaltige berufliche Vorsorge des städtischen Personals sicherzustellen?*
10. *Ist der Stadtrat bereit, bei seinen Tochtergesellschaften sowie den Betrieben, an denen die Stadt Uster substantielle Beteiligungen besitzt, Einfluss zu nehmen, um sicher zu stellen, dass deren Investitionen sowie diejenigen ihrer Pensionskassen nicht im Bereich fossile Energien oder Atom sondern ökologisch und sozial nachhaltig angelegt werden? Ist er bereit, bei diesen allenfalls auf einen Wechsel der Pensionskasse hinzuwirken, um eine nachhaltige berufliche Vorsorge auch dieses Personals sicherzustellen?*

Der Stadtrat beantwortet die Anfrage wie folgt:

Vorbemerkungen

Die Fragen 1 bis 4 können durch den Stadtrat fachlich nicht beantwortet werden, weil diese das Investitionsportfolio der BVK betreffen. Die Fragen wurden darum der BVK zur umfassenden Beantwortung überwiesen. Der Stadtrat hat die von der BVK retournierten Antworten unverändert in die nun vorliegende Beantwortung der Anfrage von Gemeinderat Patricio Frei aufgenommen.

Frage 1:

«Welchen Umfang haben die Investitionen der BVK in den Bereichen der Produzenten von Erdöl und Erdgas sowie Rohstoffkonzernen mit Kohleanteil (gebeten wird um eine aktuelle Auflistung nach Firmen, der Art und dem Wert des Portfolios)?»

Antwort:

Die BVK investiert das Anlagevermögen breit diversifiziert und ist damit in über 5'000 Unternehmen investiert. Sie gibt keine Auskünfte zu einzelnen Investitionen. Da die BVK aber aus Kosten, Risiko- und Renditegründen indexnah investiert, entspricht der Anteil an fossilen Energien im Portfolio jenem der entsprechenden Marktindizes. Der Anteil an Erdöl-, Erdgas- und Rohstofffirmen im BVK Portfolio entspricht damit grundsätzlich der Marktgewichtung und damit dem globalen Durchschnitt.

Die Berücksichtigung von Klimarisiken ist seit Jahren Bestandteil des Risikomanagements der BVK. Zur Erreichung der Ziele des Pariser Klimaabkommens geht sie davon aus, dass die Nachfrage nach Kohle mittel- bis langfristig abnehmen wird. Das Fehlen alternativer Einkommensquellen für Unternehmen des Kohlesektors kreiert Risiken gestrandeter Vermögenswerte. Vor diesem Hintergrund schliesst BVK Unternehmen des Kohlesektors, die einen Grossteil ihrer Erträge aus dem Abbau von Kohle generieren, seit 2015 systematisch aus ihrem Anlageuniversum aus.

Unternehmen des Rohstoff- und Versorgersektors, deren Geschäftsmodelle z.B. aufgrund des Produktmixes an die Anforderungen einer kohlenstoffarmen Welt angepasst werden können, verbleiben demgegenüber im Anlageportfolio. Dazu gehören u.a. auch Erdgas- und Erdölproduzenten. BVK erwartet allerdings von Unternehmen in ihrem Portfolio, dass sie Klimarisiken in ihren Wertschöpfungsketten identifizieren, messen und ihr Geschäftsmodell an eine emissionsärmere Zukunft anpassen. Um mit Unternehmen in einen Dialog zu treten und dabei aktiven Einfluss auf deren Verhalten zu nehmen hat die BVK 2016 zusammen mit anderen Investoren wie der AHV und der SUVA den Schweizer Verein für verantwortungsbewusste Kapitalanlagen (SVVK-ASIR) gegründet. Neben anderen Themen (wie z.B. Arbeitsbedingungen und Kinderarbeit) führt der SVVK-ASIR auch Unternehmensdialoge ("Engagements") mit emissionsintensiven Unternehmen und nimmt so direkten Einfluss auf Klimarisiken in den Wertschöpfungsketten der von den Mitgliedern (inkl. BVK) finanzierten Unternehmen.

Seit Juli 2019 unterstützt BVK zudem die Initiative "Climate Action 100+" in der Rolle des aktiven Mitglieds. Die Initiative verfolgt seit ihrer Lancierung Ende 2017 das Ziel, den aktiven Dialog mit den 100 weltweitgrössten Treibhausgas-Emittenten zu führen, damit die betroffenen Unternehmen die erforderlichen Massnahmen zur Anpassung an eine kohlenstoffarme Wertschöpfungskette umsetzen und gleichzeitig die Transparenz um und das Management von existierende Klimarisiken verbessern. Die aktive Unterstützung der Initiative ist aus Sicht der BVK besonders wirksam, da die im Fokus stehenden Unternehmen für mehr als zwei Drittel der globalen Industrieemissionen verantwortlich



sind und das Gewicht der durch die Initiative vertretenen Investoren mit einem Anlagevolumen von insgesamt über USD 30 Billionen gross ist.

Neben den erwähnten Bemühungen im Kapitalmarktbereich, misst und reduziert die BVK den CO₂-Fussabdruck ihres Immobilienportfolios und nimmt ihre gesellschaftspolitische Verantwortung als Immobilieneigentümerin wahr. Mit einem Volumen von über CHF 5.5 Mrd. entspricht der direkte Immobilienbestand der BVK einem wesentlichen Teil des Anlageportfolios. Über den Einsatz energieeffizienterer Heiztechnik, insbesondere durch den Ersatz von fossilen Heizstoffen, konnte BVK den CO₂-Ausstoss im Zeitraum zwischen 1990 und 2017 um signifikante 54% auf durchschnittlich 11.7 kg CO₂/m² und Jahr reduzieren. Bis ins Jahr 2030 will die BVK den CO₂-Ausstoss auf ihr Immobilienportfolio nochmals deutlich reduzieren, um die langfristigen CO₂-Ziele der Schweiz vorzeitig zu erfüllen.

Auch in der Zukunft wird die BVK ihre Klimapolitik kontinuierlich weiterentwickeln. Dafür hat sie nicht zuletzt durch die Erhöhung der personellen Ressourcen im Bereich Verantwortungsbewusste Anlagen eine Basis geschaffen. Zudem hat sie sich zum Ziel gesetzt, die getroffenen Massnahmen und die gewählten Ansätze noch transparenter zu kommunizieren.

Frage 2:

«Welchen Umfang haben die Investitionen der BVK im Bereich der erneuerbaren Energien (gebeten wird um eine aktuelle Auflistung nach Firmen, der Art und dem Wert des Portfolios)?»

Antwort:

Wie oben ausgeführt investiert die BVK aus Kosten, Risiko- und Renditegründen sehr indexnah. Der Anteil an erneuerbaren Energien im Portfolio liegt nahe jenem der entsprechenden Marktindizes. Der Umfang dieser Investitionen unterscheidet sich je nach Definition und Abgrenzung von erneuerbaren Energie, da globale Energieunternehmen meist ein breites Portfolio an unterschiedlichen Energieträgern besitzen. Der Indexanbieter MSCI berechnet den Global Alternative Energy Index, welcher Unternehmen beinhaltet, die mindestens 50% ihrer Einnahmen aus Produkten und Services in Alternativen Energien erzielen. Der Anteil dieser Titel an der globalen Marktkapitalisierung (und damit auch am Aktienportfolio der BVK) ist mit weniger als 0,2% sehr gering. Dies nicht zuletzt, da die Wertentwicklung in den vergangenen 10 Jahre mit -6.6% pro Jahr deutlich unter der Rendite des Weltaktienmarkts (+10.5% pro Jahr) lag. Solche divergierenden Wertentwicklungen zeigen die Vorteile der Diversifikation zur langfristigen Sicherung der Vorsorgekapitalien unserer Kunden auf.

Zur Reduktion des CO₂-Fussabdrucks ihres Immobilienportfolios setzt BVK seit Jahren auf die Verwendung von erneuerbaren Energien wie Fernwärme und leistet dadurch einen direkten Beitrag zur Reduktion der CO₂-Emissionen und damit der globalen Erwärmung. Im Vordergrund steht dabei die Heiztechnik. Hier konnte die BVK bereits einen grossen Wandel herbeiführen. Waren 1990 noch 40,6 Prozent der BVK-Liegenschaften mit Heizöl beheizt, waren es 2017 gerade noch 4,8 Prozent, und bis ins Jahr 2030 soll der Bestand an Ölheizungen weiter verringert werden. Auch Gas wird sich längerfristig nicht als Heizquelle halten können, dafür wird der Verwendung von erneuerbaren Energien und dem Einsatz von effizienter Fernwärme grössere Bedeutung zukommen. Neue Heizsysteme mit Wärmepumpen, Erdsonden und intelligenten Wärmespeichern unter Verwendung von Solarstrom werden in der nahen Zukunft ebenfalls eine stärkere Rolle spielen. Die BVK investiert seit Jahren in Sonnenenergie und hat zahlreiche Photovoltaikanlagen auf den Dächern der eigenen Immobilien. Der gesamte Anteil an Heizsystemen auf Basis erneuerbarer Energien ist mit rund 40% im Branchenvergleich hoch mit steigender Tendenz.

**Frage 3:**

«Welche Ergebnisse in Bezug auf die CO₂-Überexposition und die Untergewichtung der Sektoren, die mit dem Klima-Pfad des Pariser Klimaabkommens kompatibel sind, lieferte der BAFUKlimaverträglichkeitstest für die BVK? Welche Empfehlungen machte der Test der BVK? Unter Berufung auf die Informationsansprüche des Personals der Stadt Uster bitte ich darum, den Originalbericht im Anhang der Antwort offen zu legen.»

Antwort:

BVK hat am freiwilligen Klimaverträglichkeits-Pilottest des Bundesamt für Umwelt (BAFU) teilgenommen und eine 2-Grad-Szenario-Analyse für bestimmte Sektoren des Aktien- und Unternehmensanleiheportfolios durchgeführt. Die analysierten Positionen deckten weniger als 10% des BVK Portfolios ab.

Der Klimaverträglichkeitstest beinhaltet keine Empfehlungen an die BVK. Im Anhang wurden verschiedene Handlungsoptionen wie die Fondsauswahl, aktives Anlagemanagement sowie der Dialog (Engagement) mit CO₂-intensiven Unternehmen aufgezeigt. Die BVK hat diese Handlungsoptionen bereits vor dem BAFU Klimaverträglichkeitstest analysiert und nimmt ihre Verantwortung in diesem Bereich wie oben erwähnt durch den aktiven Dialog mit den Unternehmen in ihrem Portfolio wahr, bis hin zu Devestitionen (Ausschluss von Kohleproduzenten)

Wie erwähnt analysiert und überwacht die BVK bei der Umsetzung der Anlagestrategie eine Vielzahl von Risikofaktoren und kommuniziert diese offen und transparent monatlich auf der Website. Oben erwähnte Erhebung fokussierte lediglich auf einem Nachhaltigkeitsfaktor (CO₂-Emissionen) und deckte zudem einen sehr kleinen Teil der BVK-Anlagen ab (weniger als 10%). Da das Risikomanagement der BVK auf einem umfassenden Risikokonzept basiert, das zudem sämtliche Anlagen umfasst, erachten wir die Ergebnisse der erwähnten BAFU-Erhebung als durchaus interessant, aber nicht genügend aussagekräftig und repräsentativ, weshalb wir auf eine Publikation verzichten.

Es existiert eine Vielzahl von Erhebungen und Umfragen, welche eine ganzheitlichere Sicht in Bezug auf die verantwortungsbewusste Kapitalanlage sowie auf das gesamte Anlagevermögen einnehmen. So zum Beispiel auch die jüngst publizierte, breit abgestützte WWF-Studie, welche die BVK am 5. Februar 2019 via Webseite kommentiert hat

Frage 4:

«Ist die BVK im Bereich Atom finanziell engagiert?»

Antwort:

Die BVK stützt ihre Umsetzung der verantwortungsbewussten Kapitalanlage auf geltendes Schweizer Recht und internationale Konventionen, welche von der Schweiz ratifiziert wurden. BVK ist derzeit in Unternehmen des Atomsektors investiert. Trotz des beschlossenen schrittweisen Ausstiegs aus der Kernenergie, trägt sie derzeit noch knapp 40% zur Schweizer Stromproduktion bei. Vor diesem Hintergrund werden Anlagen aus dem Bereich Kernenergie derzeit nicht aus dem Anlageuniversum der BVK ausgeschlossen. So können z.B. Aktien oder Anleihen von diversifizierten Energieunternehmen gekauft werden, welche einen Teil ihrer Einkünfte aus der Herstellung von Atomenergie erzielen.

Frage 5:

«Dieselben Fragen stellen sich bezüglich der Pensionskassen der Tochtergesellschaften der Stadt Uster sowie der Betriebe, an denen die Stadt Uster substantielle Beteiligungen besitzt: Wie hoch sind deren Investitionen in den Bereichen Erdöl, Kohle, und Erdgas? Im Bereich Atom? Und wie hoch im Bereich der erneuerbaren Energien?»

**Antwort:**

Gemäss Beteiligungsspiegel der Stadt Uster (s. Jahresrechnung 2018, Seite B-26ff.) hält die Stadt Uster an folgenden Unternehmen eine massgebliche Beteiligung:

- Energie Uster AG – 100% des Aktienkapitals im städtischen Besitz
- Spital Uster (Zweckverband) – 33.7% Stimmanteil
- Schulgesundheitspflege Uster – Greifensee (Zweckverband) – 50% Stimmanteil

Sowohl die Mitarbeitenden des Spitals Uster als auch jene der Schulgesundheitspflege Uster sind bei der BVK Zürich versichert. Die gewünschten Angaben sind obenstehend bereits erfasst. Anders verhält es sich bei der Energie Uster AG. Die Mitarbeitenden der Energie Uster AG sind bei der «PKE Vorsorgestiftung Energie» versichert.

Die Fragen 1 bis 4 wurden der PKE ebenfalls zugestellt und durch diese wie folgt beantwortet:

Die PKE Vorsorgestiftung Energie umfasst aktuell 211 angeschlossene Unternehmen mit knapp 25'000 Destinatären und einem Vermögen von CHF 10.1 Mrd. Sie ist damit mit Abstand die grösste Pensionskasse im Energiebereich der Schweiz und gehört zu den grossen Pensionskassen. Die Energie Uster AG gehört zu den angeschlossenen Unternehmen der PKE Vorsorgestiftung Energie.

Als Vorsorgestiftung weiss die PKE um ihre besondere Verpflichtung gegenüber den Unternehmen, ihren Mitarbeitenden und den Rentnern. Sie will für diese Gruppen die berufliche Vorsorge langfristig sichern. Die Klimathematik und deren Folgen für die Investitionsstrategie einer Pensionskasse sind für die PKE wichtige Themen.

Damit die PKE die vereinbarten Vorsorgeleistungen sicherstellen kann, investiert sie stets nachhaltig. Sie beobachtet verschiedene Risiken aufmerksam - sowohl finanzielle wie auch Zukunftsrisiken. Die Bildung von Blasen, welche Herr Frei erwähnt, wäre für die PKE ein Signal für Desinvestition. Die PKE investiert gezielt in den Bereich der erneuerbaren Energien. Sie weist diese Investitionen unter den alternativen Anlagen aus, welche 12% des Portfolios ausmachen. Bei Immobilien, die 18% des Portfolios ausmachen, engagiert sich die PKE für den Rückbau von Ölheizungen, die Montage von Solaranlagen und weitere bauliche Massnahmen, welche den Energieverbrauch der Objekte senken. Die PKE nimmt dabei eine Vorreiterrolle ein. Die PKE verzichtet auf Investitionen im Bereich der Kernenergie.

Die PKE ist Mitglied des schweizerischen Pensionskassenverbands ASIP. Im Rahmen einer branchenüblichen Risikoprüfung prüft die PKE laufend alle Investitionen im Lichte der gesetzlichen Richtlinien sowie der höheren Standards des ASIP.

Frage 6:

«Erachtet der Stadtrat Investitionen zur beruflichen Vorsorge des städtischen Personals in Erdöl-, Kohle- oder Erdgasunternehmen als kompatibel mit dem in der Gemeindeordnung verankerte Nachhaltigkeitsartikel?»

Antwort:

Das aktuelle Investitionsverhalten der BVK erachtet der Stadtrat als weitgehend kongruent mit dem «Nachhaltigkeitsartikel» der Gemeindeordnung, gerade auch weil die BVK, wie in Frage 1 erwähnt, ihre Klimapolitik auch in Zukunft kontinuierlich weiterentwickeln wird.

Frage 7:

«Welche Strategie verfolgt die Stadt Uster in Bezug auf Investitionen in den Bereichen Erdöl, Kohle, Erdgas und Atomenergie?»

**Antwort:**

Die Stadt Uster tätigt bis dato keine grossen Investitionen in Wertschriften oder Drittunternehmen. Konkret hält die Stadt aktuell Teile von «Swisscanto» Fonds und Aktien von «Swiss Re». Der Stadtrat ist der Meinung, dass Finanzinvestitionen nur in Anlagen getätigt werden dürfen, die den ökonomischen, den ökologischen und den sozialen Ansprüchen der Stadt Uster gerecht werden. Aktuell ist der Stadtrat der Meinung, dass diese Vorgaben eingehalten werden. Der Stadtrat wird namentlich bei Fonds Investments künftig die Frage der Ökologie und der Sozialverträglichkeit verstärkt berücksichtigen. Der Stadtrat trägt gegenüber den Steuerzahlern/innen eine ökonomische Verantwortung. Beim Erreichen einer Rendite berücksichtigt er ökonomische, ökologische und soziale Aspekte. Der Stadtrat verweist weiter auf seine jüngst verabschiedeten Einkaufsrichtlinien. Dabei wird die Verwaltung angehalten, nachhaltig und ökologisch sinnvoll einzukaufen. Dabei sind sowohl Kleinausgaben als auch kostenintensive Beschaffungen nicht nur aus ökonomischen, sondern auch aus ökologischen und sozialpolitischen Perspektiven zu beurteilen. Notabene dürfen dabei die übergeordneten Submissionsrichtlinien nicht verletzt werden. Der Stadtrat kontrolliert bei in seine Kompetenz fallenden Vergaben jeweils, ob die Einkaufsrichtlinien eingehalten worden sind oder nicht. Zusammenfassend hält der Stadtrat fest, dass er sich seiner Verantwortung umfassend bewusst ist und die finanziellen Mittel so einsetzt, dass die hohen Anforderungen an Ökologie, Sozialverträglichkeit und ökonomischer Rentabilität eingehalten werden.

Frage 8:

«Ist der Stadtrat bereit, in seiner Funktion als verantwortlicher Arbeitgeber Einfluss auf die BVK zu nehmen, um sicher zu stellen, dass diese eine transparente und verpflichtende Klimastrategie erarbeitet, die das Ziel der Dekarbonisierung des Portfolios festlegt, angefangen mit dem Ausstieg aus dem Bereich fossile Energien? Ist er bereit, sie auf den Verzicht in Anlagen der www.uster.ch Gemeinderat 537/2019 | Seite 3/3 Atomenergie zu verpflichten? Und ist er bereit, bei der BVK darauf hinzuwirken, dass diese zunehmend ökologisch und sozial nachhaltig angelegt werden?»

Antwort:

Der Stadtrat hält fest, dass die Stadt als Arbeitgeberin zwar eine mittelgrosse Kundin der BVK ist, indessen bei weitem nicht die Grösste. Der in der Anfrage genannte «Einfluss auf die BVK» darf also nicht überbewertet werden. Eine in der Anfrage geäusserte «Verpflichtung» der BVK ist normativ nicht möglich. Wie erwähnt ist das Anlagegeschäft einer Pensionskasse äusserst komplex und es ist für den Stadtrat nicht ohne weiteres möglich, die Anlagestrategie zu beurteilen. Die paritätische Vorsorgekommission welche den Stadtrat in Fragen der beruflichen Vorsorge berät, wird durch den Stadtrat beauftragt, die Zusammensetzung des Portfolios nach Möglichkeit zu überwachen. Dabei wird sie namentlich ein Augenmerk auf das Thema «nachhaltige Investitionen» legen. Der Stadtrat hält fest, dass ihm die ökologische und soziale Nachhaltigkeit sehr wichtig ist und er diesen Anspruch auch gegenüber der BVK kommuniziert. Allerdings ist sich der Stadtrat in seiner Funktion als Arbeitgeber auch bewusst, dass es auch mit nachhaltigen Investitionen eine Rendite braucht.

Frage 9:

«Ist der Stadtrat allenfalls bereit, die Pensionskasse zu wechseln, um eine nachhaltige berufliche Vorsorge des städtischen Personals sicherzustellen?»

Antwort:

Für den Stadtrat ist der Wechsel der Pensionskasse aktuell kein Thema. Gemäss dem WWF Pensionskassenrating 2018/2019 «Schweizer Pensionskassen und verantwortungsvolles Investieren», welches die 20 grössten Pensionskassen analysiert und bewertet, gehört die BVK zu den fortschrittlichsten Pensionskassen. Im Zusammenhang mit den ökonomischen Problemen der BVK vor einigen Jahren, hat sich der Stadtrat zusammen mit dem Vorstand des Verbands des städtischen Personal (VSPU) im Grundsatz über einen möglichen Wechsel in eine andere Vorsorgekasse unterhalten. Ein solcher Wechsel wäre aber mit enorm hohen Kosten – Schätzungen ergaben Kosten im zweistelligen Millionenbetrag – verbunden. Aufgrund der aktuellen Risiko- und Renditepolitik der BVK steht ein



Wechsel nicht mehr zur Diskussion. Wie erwähnt hat der Stadtrat indessen eine paritätisch zusammengesetzte Vorsorgekommission ins Leben gerufen. Sollte sich die Situation bei der BVK substantiell verändern, würde der Stadtrat allenfalls wieder über einen Wechsel beraten.

Frage 10:

«Ist der Stadtrat bereit, bei seinen Tochtergesellschaften sowie den Betrieben, an denen die Stadt Uster substantielle Beteiligungen besitzt, Einfluss zu nehmen, um sicher zu stellen, dass deren Investitionen sowie diejenigen ihrer Pensionskassen nicht im Bereich fossile Energien oder Atom sondern ökologisch und sozial nachhaltig angelegt werden? Ist er bereit, bei diesen allenfalls auf einen Wechsel der Pensionskasse hinzuwirken, um eine nachhaltige berufliche Vorsorge auch dieses Personals sicherzustellen?»

Antwort:

Wie ausgeführt hält die Stadt Uster lediglich am Spital und an der Energie Uster so genannte Beteiligungen. Da die Mitarbeitenden des Spitals Uster ebenfalls bei der BVK versichert sind, verweist der Stadtrat auf seine Erwägungen zu Frage 9. Was die Energie Uster AG betrifft, so ist es grundsätzlich eine operative Frage wo und wie das Unternehmen seine Mitarbeitenden versichern möchte. Der Stadtrat wird die Frage aber bei nächster Gelegenheit einmal mit den Vertretern der Energie Uster AG thematisieren. Aufgrund der Stellungnahme der PKE ist der Stadtrat indessen der Meinung, dass kein unmittelbarer Handlungsbedarf besteht.

Der Stadtrat bittet den Gemeinderat, von der Antwort auf die Anfrage Nr. 537/2019 des Ratsmitglieds Patricio Frei (Grüne) betreffend «Investiert die Stadt Uster in fossile Energie?» Kenntnis zu nehmen.

Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat, zu genehmigen.

Stadtrat Uster

Barbara Thalmann Stammach
Stadtpräsidentin

Daniel Stein
Stadtschreiber